

Feindliche Angriffe auf Demokratieprojekte

Leitfaden für Gegenstrategien

AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG

Leitfaden für Gegenstrategien zivilgesellschaftlicher Organisationen



Die Strategie hinter den Angriffen: Der sogenannte „NGO-Komplex“

Rechtsextreme Akteure bedienen eine strategische Erzählung, die sie als Angriff auf einen vermeintlichen „NGO-Komplex“ inszenieren. Typische Elemente sind:

- Diffamierung gemeinnütziger Träger als politisch einseitige oder „aktivistische“ Gruppen
- Skandalisierung staatlicher Förderpraxen, selbst bei korrekter und streng geprüfter Verwendung
- Unterstellungen von Missbrauch öffentlicher Mittel ohne Belege

Rechtsextreme Parteien gehen gezielt gegen staatliche Demokratieprogramme und ihre geförderten Träger vor. Das trifft nicht nur die Bundesebene: Auch auf kommunaler und Landesebene werden Förderprogramme und zivilgesellschaftliche Organisationen bedroht. Diese Angriffe sind keine spontanen Einzelaktionen. Sie reihen sich in eine jahrelange Kampagne gegen gemeinnützige Strukturen ein und verfolgen eine langfristige politische Strategie. Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen sich daher dauerhaft resilient aufstellen – organisatorisch, strukturell und in der Fürsorge gegenüber Mitarbeitenden, die häufig persönlich angegriffen werden.

- Parlamentarische Anfragen in hoher Frequenz, die Verunsicherung statt Aufklärung bezwecken
- Bürokratisches Blockieren von Arbeit durch gezielte Einzelfallskandalisierung oder Drohungen mit Klagen
- Persönliche Angriffe auf Mitarbeitende, um psychologischen Druck zu erzeugen
- Generelle Misstrauenskampagnen gegen „die Zivilgesellschaft“, um demokratische Institutionen zu verunsichern

Ziel ist es, die unabhängige demokratische Zivilgesellschaft zu schwächen und die staatliche Förderpolitik zu delegitimieren.

Öffentliche Förderung: Warum Demokratieprogramme legitim, notwendig und staatlich gewollt sind

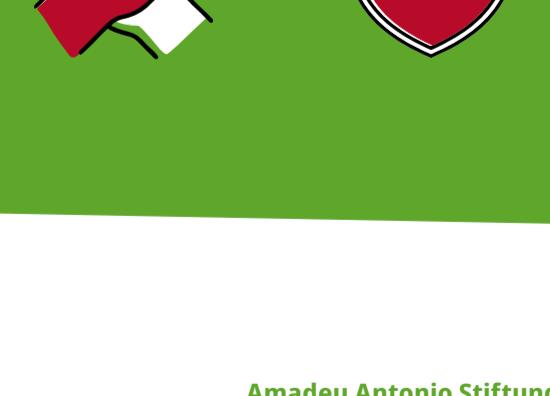


Demokratieprogramme stärken politische Bildung, gesellschaftlichen Zusammenhalt, Extremismusprävention und Teilhabe. Die Angriffe auf sie sind politisch motiviert und langfristig angelegt. Sie richten sich nicht nur gegen einzelne Organisationen, sondern gegen die demokratische Zivilgesellschaft insgesamt.

Unsere Antwort: Sachlichkeit, Professionalität, Solidarität und langfristige Resilienz.

Gemeinsam schützen wir die Demokratie.

Demokratieprogramme reagieren auf konkrete gesellschaftliche Problemlagen wie z. B. Radikalisierungen, rechtsextreme Gewalt, Antisemitismus, Hassrede oder gezielte Desinformation. Sie bestehen, weil Parlamente Mittel ausdrücklich bereitstellen, Ministerien klare Förderrichtlinien entwickeln und zivilgesellschaftliche Träger aufgrund ihrer Expertise besonders wirksam arbeiten können. Der Staat kann die demokratische und plurale Gesellschaft nicht allein über Behörden stabilisieren – das Subsidiaritätsprinzip macht die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft notwendig. Demokratieprogramme dienen dem öffentlichen Interesse, sind demokratisch legitimiert, fachlich notwendig und gesellschaftlich gewollt.



Gegenstrategien

1. Vorwürfe zu Einseitigkeit oder „Fördermittelmissbrauch“ klar widerlegen



Häufig wird fälschlich kritisiert, dass durch öffentliche Förderprogramme vermeintlich „linke Strukturen“ und „Aktivisten“ bevorzugt oder Fördermittel „missbraucht“ würden.

Hier solltet ihr Fakten entgegensetzen:

- Hebt die Trägervielfalt hervor: Bundes- und Landesprogramme fördern tausende Projekte von Wohlfahrtsverbänden, Stiftungen, Kirchen, Jugendvereinen, Migrantenorganisationen, lokalen Initiativen u.v.m. Von Einseitigkeit kann keine Rede sein.

- Betont die wissenschaftliche Grundlage des Programms: Alle Maßnahmen fußen auf aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Wirksamkeit von Demokratieförderung und Extremismusprävention und werden evaluiert.
- Verweist auf die umfangreiche Kontrolle und Transparenz: Die Fördermittelanträge und deren Verwendung werden u.a. durch die Bundes- und Landesministerien, Kommunalverwaltungen, externe Gutachten und Evaluierungen und ggf. den Bundesrechnungshof umfassend geprüft.
- Demokratische Legitimation: Die Mittel wurden durch gewählte Parlamente bewilligt.

2. Haltung zeigen – öffentlich, positiv, selbstbewusst



- Stellt nicht nur klar, was ihr nicht seid, sondern betont, welchen gesellschaftlich wichtigen Beitrag eure Arbeit leistet: Demokratetrainings an Schulen, Jugendarbeit gegen Mobbing, Projekte zur Stärkung von Medienkompetenz oder Initiativen gegen Antisemitismus.

- Verbindet eure Arbeit mit einer klaren positiven Erzählung: Wir stärken Demokratie, Vielfalt, Beteiligung und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

- Kommuniziert klar, dass eure Arbeit gefördert wird, weil sie wirksam und notwendig ist. Kommunen, Bundes- und Landesregierungen fördern zivilgesellschaftliche Initiativen, weil sie eine hohe Fachkompetenz haben und nah an den Problemen dran sind. Der Staat fördert die Demokratie im Sinne der Subsidiarität: Nicht alles kann und soll durch staatliche Verwaltung allein erfolgen.

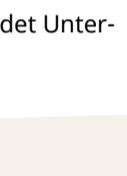
3. Langfristige Resilienz – organisatorische und menschliche Stabilität



Nachhaltige Resilienz bedeutet strategische Vorbereitung – strukturell, organisatorisch und menschlich.

- Erstellt rechtzeitig Kommunikations- und Krisenpläne und legt Zuständigkeiten fest.
- Erarbeitet vorab Faktenblätter, Argumente und Textbausteine zu eurer Arbeit, euren Fördermitteln, deren Verwendung, eurer Expertise und euren Erfolgen.
- Führt regelmäßig Dokumentationsroutinen und Risikoanalysen durch.
- Organisiert interne Austausch- und Unterstützungsstrukturen und schafft Raum für Supervision, Coaching und psychosoziale Unterstützung bei Anfeindungen.
- Führt Schulungen zur Stressbewältigung und zum Umgang mit Angriffen durch.

4. Strategische Medienarbeit



- Überprüft anfragende Medien und Journalist*innen auf Authentizität und Seriosität. Nicht jede Presseanfrage muss beantwortet werden.

- Kommuniziert proaktiv und transparent.

- Nutzt seriöse Pressekanäle und falls vorhanden, eure eigenen Social-Media-Kanäle, um eure Arbeit transparent darzustellen.

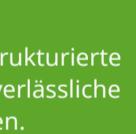
- Bleibt sachlich, betont den Mehrwert, bindet Unterstützer*innen sichtbar ein.

5. Politische Vertretung – Expertise einbringen



- Nutzt eure Expertise, um Projekte und Anliegen in lokale, regionale und überregionale Debatten einzubringen.
- Vernetzt euch mit demokratischen Parteien, Verwaltung und Fachgremien.
- Vermittelt, dass zivilgesellschaftliche Mitwirkung keine parteipolitische Einflussnahme ist, sondern es um demokratisch legitimierte Mitgestaltung und Beratung demokratischer Entscheidungsprozesse durch eure fachliche Expertise und Erfahrung geht.

6. Rechtssicherheit und Professionalität



- Haltet gesetzliche Vorgaben ein (z.B. Jugendschutz, Brandschutz, Hygiene, Verwendungsnachweise, Berichtspflichten) und führt präventive Checks durch.

- Wahrt eure Gemeinnützigkeit: Politisches Engagement ist erlaubt, wenn es zum Satzungszweck passt. Positive und negative parteipolitische (Wahl-)Werbung ist tabu.

- Sichert eure Dokumentation: Haltet Protokolle, Finanzberichte und Förderunterlagen stets geordnet bereit.

Gestaltet euren Auftritt seriös: Eine gut strukturierte Website, klare Zuständigkeiten und eine verlässliche Kommunikation reduzieren Angriffsflächen.

7. Solidarität und Vernetzung



- Dokumentiert Angriffe und macht sie sichtbar: Erduldet Diffamierungen nicht still, sondern informiert die Öffentlichkeit und Beratungsstellen.
- Fördert Solidarität: Unterstützt andere Organisationen und fordert Unterstützung ein, wenn ihr selbst betroffen seid.
- Gewinnt Fürsprecher*innen: Stimmen aus demokratischen Parteien, der Wirtschaft, Kirche, Kultur, von anderen Trägern der demokratischen Zivilgesellschaft oder aus der Wissenschaft stärken euch den Rücken, wenn ihr angefeindet werdet.
- Bildet eine Task-Force: Entwickelt klare Ablaufpläne für Krisenfälle und verteilt Rollen im Team.
- Nehmt Selbstfürsorge ernst: Teilt Belastungen und Verantwortlichkeiten auf mehrere Schultern auf.

8. Rechtliche Unterstützung

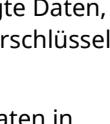


- Erstattet Anzeige: Keine strafrechtlich relevante Bedrohung sollte unbeantwortet bleiben. Informiert euch über Anzeigemöglichkeiten bei Polizei, Staatsanwaltschaft oder bei Online-Wachen.

- Sichert Beweise: Dokumentiert Screenshots, Dromails, Protokolle oder Kontaktdata von Zeug*innen.

- Lasst euch extern beraten: Bindet Beratungsnetzwerke und spezialisierte Organisationen rechtzeitig ein (z.B. den Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt; Bundesverband; Mobile Beratung; HateAid; Gesellschaft für Freiheitsrechte; Amadeu Antonio Stiftung; etc.).

9. Datenschutz und IT-Sicherheit



- Schafft klare Strukturen und Vorgaben für das Speichern personenbezogener Daten. Dazu gehören z.B. Mitgliederlisten, Förderanträge, Protokolle, Cloudsysteme.
- Führt eine interne Übersicht über abgelegte Daten, löscht nicht mehr benötigte Daten und verschlüsselt sensible Informationen.
- Überprüft, welche personenbezogenen Daten in notwendig sind. Gebt, wenn möglich, anonymisierte Funktionen der Mitarbeitenden statt Namen an.

- Veröffentlicht online nur notwendige Informationen: Allgemeine, nicht-personalisierte Kontaktdata statt individuelle Telefonnummern.
- Nutzt sichere Passwörter, Zwei-Faktor-Authentifizierung und Passwort-Manager.
- Schult euer Team: Seid bei E-Mails, Links und Anhängen vorsichtig. Installiert regelmäßig Updates.
- Beantragt im Bedrohungsfall Auskunfts- und Übermittlungssperren beim örtlichen Melderegister.
- Informiert Vorstandskandidierende über die öffentliche Einsehbarkeit persönlicher Daten im Register.
- Haltet Protokolle von Mitgliederversammlungen minimal und sachlich, ohne namentliche Nennung von Nicht-Vorstandsmitgliedern.